

Wien, am Donnerstag, den 20. Dezember 1928 zweite Ausgabe

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 20. Dezember 1928.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde  
Wien für das Jahr 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten fort. Als nächster Redner der Minderheit nimmt GR. Erban zu den Positionen der Verwaltungsgruppe Stellung. Er führt zunächst darüber Beschwerde, dass bei der Gartenpflege zu wenig geschulte Gärtner verwendet werden. Der im Budget vorgesehene Betrag für die Erhaltung von Kirchen und Kapellen ist schon aus dem Grunde viel zu gering, da die Gemeinde für sieben Kirchen Patronats-<sup>allein</sup> herrin ist und für die Erhaltung dieser Kirchen mit 11.000 Schilling nicht einmal das Auslangen finden kann. Ein schwerer Mangel ist es auch, dass in Wien zu wenig öffentliche Uhren aufgestellt sind. Der Betrag von 10.000 Schilling für die Aktion "Wien im Blumenschmuck" ist ebenfalls ein viel zu geringer. Bei der Besprechung des Bäderwesens wünscht GR. Erban, dass im Bad Mühlshüttel und im Sommerbad Hohe Warte endlich einmal Rasenflächen hergestellt werden. Das Coloniasystem hat auch nicht gehalten, was es versprochen hat. Viele Gefässe sind in einem sehr desolaten Zustand, was die Staubentwicklung sehr fördert. Hinsichtlich der Strassenpflege tadelt der Redner, dass diese weit hinter den zurückbleibt, was notwendig ist. Die seinerzeitige Wiener Gemeindeverwaltung hat im Frieden jährlich etwa 15 Millionen Schilling für die Strassenpflege und Strassenerhaltung aufgewendet, welchen Leistungen aber die jetzige Gemeindeverwaltung in keiner Beziehung auch nur annähernd gleichkommt. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dirisamer (E.L.) beschäftigt sich zunächst mit der Gartenpflege. Er wünscht eine Vergrößerung des Schweitzer Parkes sowie den Ausbau der Baumpflanzungen auf der Erdbergerlände. <sup>Um der</sup> ~~Be-~~delust der Bevölkerung eines so ausgedehnten Bezirkes, wie der Landstrasse, entsprechen zu können, ist es notwendig, auf der Landstrasse ein zweites Bad zu errichten. Die Strassenpflege und Strassenerhaltung ist vollkommen ungenügend. Diesem wichtigen Kapitel der Verwaltung hat die frühere christlichsoziale Mehrheit im Gemeinderat vielmehr Aufmerksamkeit zugewendet. In München hat man für diesen Zweig der Verwaltung ein eigenes Amtgebäude errichtet. Dort wird der Strassenpflege alle nur erdenkliche Aufmerksamkeit zugewendet, sogar die Gehwege sind in die Strassenpflege einbezogen. In Wien wird in der Strassenpflege viel gesündigt. <sup>Trotz der grossen Arbeitslosigkeit</sup> wurden fünfzig Prozent des Strassenreinigungspersonals abgebaut. Es wäre höchste Zeit, hier Wandel zu schaffen. (Beifall bei der Minderheit).

GRtin. Wielsch (E.L.) bezeichnet den für die Denkmal- und Bautenerhaltung eingesetzten Betrag und insbesondere auch die für die Erhaltung des Stefansdoms dieses altherwürdigen Kunstdenkmals, gewährte Subvention als viel zu gering. In Besprechung der Strassenerhaltung bemängelt sie es, dass die Strassen viel zu viel geflickt, anstatt gründlich repariert werden. Sie verlangt den Ersatz der in den äusseren Bezirken mit den Gaskandelabern weggenommenen Abfallkörbe und stellt den Antrag, bei der Neuerrichtung von Bedürfnisanstalten auf die äusseren Bezirke und die Ausflugsorte Bedacht zu nehmen. Die Gartenanlagen müssten vermehrt, die Gärten besser gepflegt, die Bänke, insbesondere auch bei den Endstationen, der Strassenbahn vermehrt werden. Sie stellt den Antrag, dass bei der vorgesehenen

Vergrößerung des Bades Schwedenbrücke, dieses Bad auch gärtnerisch ausgeschmückt werden soll, dass das Baden verbilligt und Freibäder im Zentrum der Stadt, wie es ein solches im Sommer gewöhnlich zwischen der Holland- und Aspangbrücke gibt, verboten werden. Sie bringt sodann über die Mistabfuhr Beschwerden vor und verlangt die Bekämpfung der Fliegenplage auf den Mistablagungsstätten im Bruckhaufen und im 10. Bezirk. (Beifall bei der Einheitsliste.)

GR. Dr. Wagner (E.L.) findet es merkwürdig, dass die alte Donaustadt Wien für ihre Häfen bloss ein 25 Tausendstel ihrer Gesamtausgaben verwendet. Dem Einwand, dass es sich hier um ein Bundesinteresse handelt, hält Gemeinderat Dr. Wagner entgegen, wie sehr der Bund durch seine zahlreichen Bestimmungen über Zollfreilager, über den Vormerk- und damit auch den Veredlungsverkehr dem Interesse Wiens als Hafenstadt diene. Auch die Aufgaben hinsichtlich der Brücken- und Wasserbauten erfüllt die Gemeinde in gar keiner Weise. Der Bau der Hafensbrücke im 11. Bezirk ist unterblieben, obwohl schon im Februar dieses Jahres das Einvernehmen zwischen dem Magistrat und dem Handelsministerium vollständig hergestellt war und nur in der ganz untergeordneten Frage des Servitutsentgelts Differenzen bestanden. Auf <sup>mehrfache</sup> Anfragen hat das Ministerium die Antwort erhalten, dass es dem Magistrat mit Rücksicht auf das geforderte Servitutsentgelt unmöglich sei, die Verhandlungen fortzuführen und auf eine weitere Anfrage des Ministeriums im September ob sich die Schwierigkeiten nur auf das Servitutsentgelt beziehen oder ob die Gemeinde von dem Brückenbau überhaupt abgekommen sei ist vom Magistrat bis heute eine Antwort überhaupt noch nicht erteilt worden. (Hört! Hört! bei der Einheitsliste) So lassen sich Lebensfragen der Wiener Bevölkerung nicht behandeln. Da ist z.B. im Voranschlag als erste Rate für den Bau der Augartenbrücke der Betrag von 1.2 Millionen eingesetzt, für Beitragsleistungen zu den Kosten des Baues dieser Brücke 915.000 Schilling. Das sind fast vier Fünftel der ersten Rate. Das legt, welche hohe Beitragsleistungen die Gemeinde von ihren Unternehmungen für die Benützung ihres Eigentums verlangt. Warum soll nicht auch der Bund für sein Eigentum eine Beitragsleistung zu fordern berechtigt sein. Im Voranschlag fehlt auch eine Post für den Umbau der Reichsbrücke. Auch hier besteht ein alter Kampf zwischen Bund und Gemeinde. Schon die alte Reichsstrassenverwaltung hat im Jahre 1913 der Gemeinde Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Reichsbrücke übermittelt und nur der Krieg hat die Verhandlungen zwischen Ministerium und der Gemeinde unterbrochen. Im Jahre 1926 wurde die Direktion der städtischen Strassenbahnen vom Ministerium zur Übersendung eines Sonderentwurfs wegen Verbreiterung der Fahrbahn am linken Donauufer aufgefordert, darauf aber bis heute keine Antwort erteilt. Man muss bedenken, dass vor allem die Strassenbahn die Verkehrsverstopfung auf der Reichsbrücke hervorrufen und da hat der Bund dasselbe Recht von der Gemeinde ebenso Beitragsleistungen zu verlangen, wie die Gemeinde Beitragsleistungen von ihren Unternehmungen fordert und die Gemeinde wird sich auch zu wesentlichen Beitragsleistungen verstehen müssen. Über diese wichtige Frage muss einmal geredet werden. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass die skandalösen Zustände auf der Reichsbrücke je eher je besser ein Ende nehmen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste.)

GR. Dr. Hengl (E.L.) beantragt zunächst die elektrische Beleuchtung der Sandgasse und der Hohen Warte von der Endstation der Strassenbahn bis zur Grinzingerstrasse. Eine Notwendigkeit wäre auch die Aufstellung von zwei öffentlichen Uhren. Diese sollen an der Kreuzung der Billrothstrasse, Sieveringerstrasse und der Grinzingerallee und auf dem Nussdorfer Platz aufgestellt werden. Ein weiterer Antrag des Gemeinderates Dr. Hengl geht dahin, auch den Siedlern und landwirtschaftlichen Betrieben den begünstigten Wasserpreis von vier Groschen zu gewähren. Der Redner regt schliesslich an, der Ueberführung des Kehrichts zu Dünger besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Beifall bei der E.L.)

GR. Prinke (E.L.) verlangt die Vergrößerung des städtischen Bades in Simmering. Simmering hat 48.000 Einwohner. Das städtische

Bad ist das einzige Bad, das den Leuten zur Verfügung steht. Es hat nur 11 Wannen, die im Vorjahr von nicht weniger als 18.000 Menschen, und 36 Brausen, die von nicht weniger als 117.000 Personen benützt wurden. Es ist also für die Badebedürfnisse der Simmeringer ganz unzulänglich. Ebenso unzulänglich ist die für Simmering aufgenommene Strassenpflege. In Simmering sind ganze Bezirksteile unpassierbar, weshalb es dringend geboten wäre, den Simmeringer Strassen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Redner kommt dann auf den projektierten Bau der Hafensbrücke zu sprechen und erklärt, dass die Simmeringer Bezirksvertretung, die aus 22 Sozialdemokraten und 8 Einheitslistlern besteht, gestern neuerlich einstimmig beschlossen hat, an dem Bau der Hafensbrücke unbedingt festzuhalten. Die Brücke ist eine unbedingte Notwendigkeit, weshalb die Gemeinde in den Verhandlungen mit dem Ministerium absolut keine Schwierigkeiten machen darf. Der Redner stellt den Antrag, für den Bau der Hafensbrücke als erste Baurate 1¼ Millionen Schilling im Budget einzustellen. (Beifall bei der Minderheit.)

GR. Hörmayer (E.L.) bezeichnet den für die Renovierung des Pfarrhofes in der Leopoldsgasse eingesetzten Betrag von 11.000 Schilling als viel zu gering. Es wäre auch an der Zeit, wenn endlich das Tegetthoff-Denkmal zu renovieren. Das Denkmal hat Fugen von acht bis zehn Zentimetern, aus denen das Gras wächst. Die Entfernung des Steinlagerplatzes in der Oberen Donaustrasse hat man immer für unmöglich erklärt, sich doch dazu aber entschlossen. Warum hat man sich solange geweigert? Der Redner beantragt, den amtsführenden Stadtrat zu beauftragen, sofort die Vorbereitung für die Schaffung eines städtischen Bades im Bezirksteil Donaustadt zu treffen und die Kredite so rechtzeitig anzufordern, dass mit dem Bau im Jahre 1929 noch begonnen werden kann. Gemeinderat Hörmayer beschwert sich dann über die mangelhafte Strassenerhaltung. Die Obere Donaustrasse ist z.B. im Vorjahre viermal, neuer achtmal und das letzte Mal vor vierzehn Tagen ausgebessert worden und heute sind wieder die Schlaglöcher offen. Die Böcklinstrasse ist noch ein gewachsener Grund. Sie müsste endlich einen Ueberzug bekommen. Der Redner verlangt sodann die Ausbesserung der Aspernbrücke und urgiert dringend den Bau der Reichsbrücke. Die für den Umbau verwendeten Beträge würden vor allem der Gemeinde selbst zugute kommen. Es wäre am besten, wenn man sich entschliessen würde, auf der linken Seite der Brücke die Strassenbahn zweigleisig auszubauen, in der Mitte ein Gelände rechts die Fahrbahn und den Gehsteig hinauszuhängen. Der Bau dieser Brücke wäre auch schon im Interesse der neugeschaffenen Stadtteile im 21. Bezirk dringend nötig. Die Fachleute der Gemeinde müssten sich endlich über diese Frage schlüssig werden. Schliesslich verlangt Gemeinderat Hörmayer, dass die Marienbrücke endlich beleuchtet werde. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste.)

Vizebürgermeister Hogg erklärt, dass früher die Gemeinde vor allem Makadam zum Strassenbau verwendet hat, weil es das bessere Material damals gar nicht gegeben hat. Die christlichsoziale Gemeindeverwaltung hat auf dem Gebiete des Strassenbaues grosse Leistungen aufzuweisen. Im Jahre 1891 wurden die Vororte einverleibt. Die Strassen waren natürlich schlecht. Im Jahre 1905 wurde Floridsdorf einverleibt, ein Gebiet das die Hälfte des ganzen alten Wien umfasst. Es ist da für die christlichsoziale Verwaltung sehr viel zu tun übrig geblieben. Das erste war, dass die Hauptdurchzugsstrassen gepflastert worden sind. Dann wurden auch die Seitengassen makadamisiert. Es wäre jetzt höchst notwendig, dass man endlich daran geht und Teile der Ringstrasse und die Innere Stadt mit Holzstübel oder Asphalt belegt. Viele Stellen sind schon sehr schadhaf und man kann sich schwer vorstellen, dass dort wieder gepflastert werden soll. Die alten Pflastersteine würden ihren Zweck an der Peripherie sehr gut erfüllen. Mit allem Nachdruck muss auf die Leistungen der früheren Stadtverwaltung auf diesem Gebiet verwiesen werden. Die Menschen haben jetzt nur den Zustand der Strassen nach dem Krieg im Gedächtnis. Die wenigsten erinnern sich an die Strassen vor dem Krieg, die dank der christlichsozialen Verwaltung in einem sehr günstigen Zustand waren. Der jetzt im Budget vorgesehene Betrag für den Strassenbau sieht sehr gross aus, aber im

Verhältnis kann damit nicht viel gemacht werden. Es wird eben für andere Zwecke zu viel ausgegeben. Wir alle anerkennen, dass in den letzten Jahren etappenweise Fortschritte zu verzeichnen sind, aber es ist noch viel nachzuholen.

Redner bemängelt, dass die Gemeindeverwaltung den Kahlenberg vollständig vernachlässigt. Es ist eine Schande für Wien, dass man ein solches Gebiet zugrunde gehen lässt. Die Gemeinde müsste alles daran setzen, dass für den Kahlenberg etwas geschieht. Sie müsste den Leuten, die den Kahlenberg erschliessen wollen, durch den Bau der Wasserleitung, der Beleuchtungsanlagen und des Verkehrsmittels entgegenkommen. Es wird gewiss möglich sein, dieses Entgegenkommen so einzurichten, dass die Gemeinde dabei nicht die Wurzeln ist. (Beifall bei der Minderheit).

Sehr ernst sollte die Mehrheit die Frage der Untergrundbahn prüfen. Die Pläne liegen noch von der früheren Verwaltung vor. Insbesondere muss bei Strassenregulierungen und grossen Umbauten auf dieses zukünftige Verkehrsmittel Rücksicht genommen werden.

Vizebürgermeister Hoss verlangt dann den Bau eines Schwimmbades in Floridsdorf und erklärt, dass der Wasserpark keine Notwendigkeit war, weil dort so viele Bäder bestehen, so dass das Planschbad für die 50 Kinder keinen Sinn hat. Es wird übrigens bald verschottert sein und man sollte daraus eine Rasenfläche machen. Beim Kuchelauerbad sollten Baggerungen vorgenommen werden. Schliesslich bezeichnet der Redner den Bau der Reichsbrücke als eine dringende Notwendigkeit. Der Handelsminister hat bereits im August dem Bürgermeister in der Sache geschrieben. Im Ausschuss wurde aber gesagt, dass der Bund sabotiere. Das ist ganz unrichtig. Es ist zu begrüessen, dass der Referent gestern erklärt hat, dass die Gemeinde bereit ist, einen Beitrag zu leisten, wenn der Bund herantritt. Es ist unverständlich, dass man ein Schreiben der vorgesetzten Behörde solange unbeantwortet lässt. Die gegenwärtige Minderheit hat schon im Jahre 1912 vorgesehen gehabt, dass nach der Fertigstellung der Floridsdorferbrücke zuerst die Innstrassenbrücke und dann der Umbau der Reichsbrücke in Angriff zu nehmen sei. Zehn Jahre nach dem Krieg wäre es hoch an der Zeit dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit zu entsprechen. Eine Notwendigkeit ist auch die Unterfahrung der Erzherzog Karl Strasse. Ich hoffe, dass diese meine Ausführungen genügen werden, um endlich diesen wichtigen Problemen näherzutreten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Schelz (E.L.) beklagt sich darüber, dass für die Brigittenau, einen Bezirk mit 120.000 Einwohnern nur die Neuherstellung einer einzigen gepflasterten Strasse vorgesehen ist. Das zeigt, dass die Mehrheit gar kein Bestreben hat, das Wiener Strassenwesen zu verbessern. Die Strassenreinigung ist mangelhaft. In der Brigittenau ist eine Strassenwalze eine Sehenswürdigkeit. Es gibt Strassen, die so lange die Sozialdemokraten verwalten, überhaupt noch nie einen Spritzwagen gesehen haben. Die Brigittenau hat ein einziges Douchebad in der Treustrasse. Es wäre die höchste Zeit, dass die Brigittenau ein wirkliches Bad bekommt. GR. Schelz stellt den Antrag, den amtsführenden Stadtrat zu beauftragen, zur Erleichterung des Personenverkehrs zwischen dem inneren Teil des XX. Bezirkes und dem Bezirksteil Zwischenbrücken dem Ausschuss für technische Angelegenheiten den Entwurf für den Bau eines Gehsteiges über die Bahnhofanlage der Nordwestbahn im Zuge der Wallensteinstrasse und ebenso einen Entwurf über die Errichtung eines Gehsteiges an der Nordbahnbrücke über den Handelskai und die Gasse der Donauuferbahn vorzulegen und die zur Durchführung notwendigen Verhandlungen mit der Bundesbahndirektion ebensolange einzuleiten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Daffinger (E.L.) bezeichnet die Klagen über die mangelhafte Instandhaltung der Strassen als berechtigt. Auch bei Strassenwiederherstellungen wird sehr nachlässig gearbeitet. Die Strassenreinigung ist für die Bevölkerung eine Plage. Der durch die Kehrschmaschinen

an den Strassenrändern und in den Strassenrinnensälen aufgehäufte Unrat wird erst nach Tagen weggeräumt. Nur die Hauptstrassen werden vom Schnee gesäubert, in den Seitenstrassen bleibt der Schnee liegen. Die Strassen sind nicht gleichmässig beleuchtet. Die Strassenbeleuchtung müsste entweder so hoch angebracht werden, dass sich die Lichtkegel schneiden oder die Beleuchtungskörper müssten näher aneinandergerückt werden. GR. Daffinger fragt, welche Pläne man mit der abgetragenen Brigittabrücke hat. Man hat die Brücke einfach ohne jeden Schutz liegen gelassen, der Rost setzt an und bald werden die Brückenbestandteile gar nichts mehr wert sein. Man müsste die Brücke bald unter Dach bringen. Der Redner macht der Mehrheit den Vorwurf, dass sie die alten von ihr nicht geschaffenen Gartenanlagen verfallen lasse und führt darüber Klage, dass sowohl im Gartenwesen wie im Bäderwesen mit Personal zu sehr gespart wird. Schliesslich stellt er den Antrag, in Würdigung der grossen Verdienste, die sich der im Jahre 1925 verstorbene Gemeinderat Hans Angeli um das städtische Bäderwesen und den Schwimmsport erworben hat, wird zur Ehrung seines Andenkens das Bad Hohe Warte in Angelibad umbenannt. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Untermüller (E.L.) bemerkt, dass er schon in der vorjährigen Budgetdebatte eine Reihe von Wünschen vorgebracht hat, die aber alle unberücksichtigt blieben. Er könnte also heute eigentlich dieselbe Rede halten. Gebessert hat sich nur die Strassenbeleuchtung. Die Colonia-Züge bilden in den engen Gassen Mariahilfs sehr störende Verkehrshindernisse. Die Strassenpflege lässt viel zu wünschen übrig. Die sehr nützliche Aktion der Abfallsammelkörbe beschränkt sich leider nur auf die Hauptstrassen, in den Seitengassen sucht man einen Abfallkorb vergebens. Die Bedürfnisanstalt am Mariahilfergürtel ist seit Jahren unzulänglich; dort müsste endlich eine unterirdische Anstalt gebaut werden. Seinerzeit sollte beim Mariahilfergürtel das Zweighaus der Urania errichtet werden. Man ist dann davon abgekommen und hat der Urania freigestellt, einen anderen Platz zu suchen. Es scheint nun, dass dieser Plan ganz eingeschlafen ist. Das Dampfbad in Mariahilf ist viel zu klein. Dort müsste endlich ein Stockwerk aufgesetzt werden. Die Leute können auch nicht nach Margareten gehen, weil das dortige Bad verkleinert wurde. Redner wünscht dann noch die gärtnerische Ausgestaltung der Rettungsinsel bei der Dreihufeisengasse und die Beleuchtung des Obelisken am Mariahilfergürtel.

Stadtrat Richter erwidert auf die Redner der Minderheit. Der Antrag des Gemeinderates über den Voranschlag jeder Verwaltungsgruppe auch im zuständigen Gemeinderatsausschuss zu verhandeln, ist kaum zweckmässig, weil jede Position des Voranschlages ohnehin noch den Ausschuss beschäftigt. Es soll aber der Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugelassen werden. Die Beschwerde über die Pflege der Gärten ist unbegründet. Die neue Verwaltung hat hier wirklich Grosszügiges geschaffen. Vom Jahre 1919 bis heute wurden rund 600.000 Quadratmeter neue Gartenanlagen geschaffen, was einer Vermehrung um 40 Prozent entspricht. Niemals hat die frühere Verwaltung eine solche Ausgestaltung in einer so kurzen Zeitspanne vorgenommen. Auf dem Gebiet des Strassenbaues leistet die Gemeinde ebenfalls sehr viel. Im Jahre 1913 wurden rund 15 Millionen Schilling für Strassenbauten verausgabt, jetzt sind es 16,4 Millionen Schilling. Trotz der schwierigeren wirtschaftlichen Lage gibt die Gemeinde jetzt für diesen Zweck mehr aus, als im Frieden. Die Beschwerden über die städtische Wäscherei entbehren schon deswegen jeder Berechtigung, weil kaum anzunehmen ist, dass wenn dort die Verhältnisse nicht vollständig einwandfrei wären, der Bund die Wäsche sämtlicher Krankenanstalten reinigen liesse.

Hinsichtlich der gewünschten Ausgestaltung der Bäder erklärt Stadtrat Richter, dass auf dem Gebiet des Bäderwesens in den letzten Jahren mehr geleistet worden ist, als je einmal vorher. Wir sind selbstverständlich bemüht, allen Wünschen Rechnung zu tragen. Wien ist nicht nur Bäderstadt, sondern auch zur Badestadt geworden. Während jeder Wiener/siebenmal im Jahr badet, badet der Berliner nur zweimal im Jahr, der Londoner einmal und der Pariser in vier Jahren einmal. (GR. Unterghiller: Das sind sicher die Ziffern aus dem Judenviertel). Auch bei der Aufstellung von Gartenbänken haben wir das möglichste geleistet. Gegenüber 708 Gartenbänken im Jahre 1914 haben wir heute 11.300. Eine schöne Leistung haben wir auch auf dem Gebiete der Gartenpflege und des Gartenwesens zu verzeichnen. Seit 1924 haben wir nicht weniger als 3.280 Bäume gepflanzt (Zwischenrufe bei der Minderheit: Ihre Rede ist auch ein Pflanz!) Zur Frage des Baues der Hafenerbrücke erklärt Stadtrat Richter, dass die Gemeinde die Absicht gehabt habe, diese Brücke zu bauen. Der Bund aber hat infolge der gewissen Animosität, die gegen Wien besteht, ungeheure Schwierigkeiten gemacht. Hinsichtlich der Reichsbrückenfrage weiss ich nichts davon, dass irgend jemand wegen des Brückenbaues an uns herangetreten ist. Welche Schwierigkeiten seitens des Bundes der Gemeinde gemacht werden, ist am besten aus folgenden Fall zu ersehen: In Floridsdorf gibt es eine Werndlasse. Sie ist eine Privatstrasse, wird aber wie jede andere Strasse benutzt. Wir wollten diese Werndlasse elektrisch beleuchten und Kabel für Gas und elektrischen Strom legen. Nach zweijährigen Verhandeln hat die Bundesbahnverwaltung, der die Gasse gehört, uns dazu wohl ihre Zustimmung gegeben, das Bundesministerium jedoch hat uns seine Zustimmung zur Ausgestaltung der Strasse glattwegs verweigert. (Rufe bei der Mehrheit: Unerhört!) Es wurde während der Debatte auch die Frage der Untergrundbahn aufgeworfen. Die Untergrundbahn wird einmal sicher gebaut werden, gegenwärtig aber ist ein solcher Plan nicht durchführbar.

Bezüglich der Anfrage wegen des Baugrundes des zweiten Uraniagebäudes teilt Stadtrat Richter mit, dass die Gemeinde bereit war und ist, jeden Platz, den die Urania wünscht, ihr zur Verfügung zu stellen. Bis jetzt aber ist noch kein Vorschlag der Urania eingelangt. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Technische Angelegenheiten ist beendet. Bei der Abstimmung werden die Anträge Dr. Motzko auf Erhöhung der Ausgabenpost für die Erhaltung der Kirchen und Kapellen, des Gemeinderates Biber auf Erhöhung der Ausgabenpost für Strassenbau und Strassenpflege um fünf Millionen Schilling, des Gemeinderates Zimmerl auf Einsetzung von 1 1/4 Millionen Schilling als erste Baurate für den Bau der Hafenerbrücke und schliesslich des Stadtrates Rumelhardt auf Erhöhung der Ausgabenpost für Radioanlagen abgelehnt. Die Positionen der Verwaltungsgruppe werden genehmigt und die sonstigen von den Gemeinderäten Biber, Hengl, Daffinger, Hoss, Hörmayer, Scholz, Wielsch und Zimmerl gestellten Anträge dem Antrag des Referenten entsprechend der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Es gelangt nun die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten zur Verhandlung. Die Spezialdebatte leitet amtsführender Stadtrat Kokrda mit einem ausführlichen Bericht ein.

Das Gesamterfordernis beträgt für diese Verwaltungsgruppe 85'53 Millionen Schilling. Das Lagerhaus hat einen gesonderten Voranschlag und berührt das Präliminare der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten nicht. Die grössten Aufwendungen erfordert, wie alljährlich, das Schulwesen mit einem Betrag von 74'27 Millionen Schilling. Ausser den allgemeinen Erfordernissen für das Schulwesen ist noch ein Betrag von 700.000 Schilling vorgesehen, der für den Schulbau in Floridsdorf als erste Baurate

bestimmt ist. Die Lagerhäuser der Stadt Wien schliessen das kommende Jahr mit einem Nettoabgang von rund 240.000 Schilling ab. Daraus ist eine entschiedene Besserung der Verhältnisse im städtischen Lagerhausbetrieb zu ersehen.

Es ist die Hoffnung nicht unbegründet, diesen Betrieb vollständig aktiv zu gestalten, da die Direktion gemeinsam mit den Beamten und der Arbeiterschaft im Interesse des Betriebes zusammenarbeiten. Die in letzter Zeit in Angriff genommene Reformierung der städtischen Lagerhäuser schreitet weiter fort. Zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit werden verschiedene Adaptierungs- und Ausgestaltungsarbeiten in der nächsten Zeit in Angriff genommen werden. Die dem Lagerhausbetrieb angeschlossenen Veredelungsanlagen, sowie auch das Kühlhaus haben in der letzten Zeit eine ihrem Umfange nach entsprechende Beschäftigung zu verzeichnen. Für die Märkte und Schlachthöfe werden im Verwaltungsjahr 1929 3'25 Millionen Schilling aufgewendet. Für die Fortsetzung der Ausgestaltungsarbeiten in der Grossmarkthalle sind 2'8 Millionen Schilling, für die Vergrösserung der bestehenden Vorkühlhalle im Rinderschlachthof St. Marx 400.000 Schilling und für die Fertigstellung der schon in Angriff genommenen Arbeiten in der Kontumazanlage sind 50.000 Schilling veranschlagt. In der Grossmarkthalle wird im kommenden Jahr auch die Erweiterung der bestehenden Verbindungsbrücke zwischen den beiden Hallen in Angriff genommen werden. Die Belieferung aller Märkte war auch heuer befriedigend. Was die Belieferung der Grossmarkthalle im Besonderen anlangt, ist eine <sup>geringe</sup> Abnahme der Zuführen zu verzeichnen. Die Belieferung der Halle mit Fleischwaren ist jedoch an sich noch kein Gradmesser für die Belieferung im allgemeinen. Trotz der schwächeren Belieferung der Halle im Vorjahr und heuer sind die Mengen von Fleischwaren noch immer bedeutend grösser als jene, die in der Vorkriegszeit in der Halle umgesetzt worden sind. Der Kühlraum für Schweine in der Kontumazanlage ist heuer der Benützung übergeben worden. Das städtische Wirtschaftsamt hat seine gesamten Lagerungen zusammengelegt, wodurch es möglich geworden ist, alle für die Bedürfnisse der Ämter, Anstalten und Betriebe notwendigen Materialien in einem Lager zu halten. Ausser dem Zentrallager unterhält das Wirtschaftsamt eine moderne Bäckerei, die die Humanitätsanstalten der Gemeinde mit Brot und Weissgebäck aller Art versorgt. Für Grundankäufe sind fünf Millionen Schilling veranschlagt. Der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten ist seit heuer auch die Baustoffbeschaffung angegliedert. Für diese hat der Gemeinderatsausschuss ein Spezialkomitee eingesetzt, das sich heuer wiederholt mit wichtigeren Angelegenheiten zu beschäftigen hatte. Der Umsatz der Waren, die im Laufe des letzten Jahres angeschafft wurden, beträgt ungefähr 115.000 Waggons zu zehn Tonnen. Der Wert dieser Waren dürfte 35 Millionen Schilling betragen. Die Magistratsabteilung 40, der die Baustoffbeschaffung obliegt, hat bisher zur Einlagerung von Waren, die nicht unmittelbar auf die Baustellen geliefert werden können, unzulängliche Räume im aufgelassenen Kesselhause des Wasserbehälters Spinnerin am Kreuz zur Verfügung gehabt. Infolge der Liquidation der Donauregulierungskommission ist der Gemeinde Wien der Erdbergarrangerbahnhof zugefallen, wodurch es möglich geworden ist, dort ein Zentrallager zu errichten. Dieses Lager umfasst auch den Steinlagerplatz. Die bisherigen Steinlagerplätze in der Leopoldstadt und auf dem Alsergrund werden aufgelassen und der Vorrat auf dem neuen Platze untergebracht. Dieser eignet sich dafür sehr gut, da er nicht nur mit der Donau, sondern durch ein Beträbgsleise auch mit den Bundesbahnen verbunden ist. (Beifall bei der Mehrheit).

Vizebgm. Hoss (E.L.) weist darauf hin, dass an der Umgestaltung der Grossmarkthalle schon vier Jahre gebaut wird und noch weitere drei Jahre gebaut werden soll, eine viel zu lange Bauzeit für ein so wichtiges Objekt. Man hat in dieser wichtigen Frage es an Grosszügigkeit fehlen lassen. Wenn man schon so hohe Mittel aufwenden hätte man gleich einen grossen Bau für Jahrzehnte aufführen sollen. Die Grossmarkthalle wird auch nach der Umgestaltung nach einigen Jahren nicht mehr ausreichen, wenn man sie nicht durch die Vergrösserung und Vermehrung der Markthallen in den Bezirken entlastet, was aber an Wert einer grossen modernen Markthalle nicht gleichkommt. Für ein solches Flickwerk darf nicht soviel Geld ausgegeben werden. Man hat sich gescheut einen hohen Betrag auf einmal auszugeben, obzwar zum Beispiel, wenn statt des Amalienbades ein anderes Bad gebaut worden wäre, dieser Betrag leicht hätte erspart werden können. Was das Lagerhaus betrifft, hat die Mehrheit das alte Lagerhaus mit zwei grossen Neubauten, dem Getreidespeicher und der Kühlanlage übernommen, und hätte diese Betriebe sehr zweckmässig ausnützen können. Statt dessen hat man in den Betrieben die Parteipolitik hineingetragen und den Betrieb so fast an den Rand des Ruins geführt. Es war auch ein Fehler, den grossen Neubau neben die gerade Prateranlage hinzustellen. Jetzt ist endlich an die Spitze des Lagerhauses ein tüchtiger Direktor gestellt worden, der das Unternehmen kaufmännisch führen will und der erklärt, dass der Betrieb zu sehr zerrissen ist. Jetzt muss auch ein ganz neuer Arbeitsvertrag gemacht werden, damit das Personal besser ausgenützt werden kann. Heute da wir die Konkurrenz mit der Tschechoslowakei aufzunehmen haben deshalb hätte das Lagerhaus von vornherein rein kaufmännisch geführt werden müssen. Man muss es begrüessen, dass seitdem Stadtrat Kokrda den Betrieb in sein Referat übernommen hat, versucht wird, den Betrieb besser auszugestalten und es wäre nur zu wünschen, dass sich da nicht wieder ein Politiker einmengt. Vizebgm. Hoss betreibt sodann den Bau einer Schule in Grossjedlersdorf, indem er darauf hinweist, dass dieser Bau, der ursprünglich geplant sei, wieder aufgegeben wurde, weil die Bezirksvertretung die ihr vorgelegten Projekte nicht gutgefunden hat. Er fragte Stadtrat Kokrda, aus welchen Gründen diese Schule nicht gebaut würde. Ich will nur hoffen, dass dem projektierten Schulbau in Kagran nicht dasselbe Schicksal des Projektes des Schulbaues in Grossjedlersdorf zuteil wird. Dann verlangt Vizebürgermeister Hoss Aufklärung, warum heuer für die Post Forste nur 3270 Schilling eingestellt worden sind, während im Voranschlag für 1928 17.800 Schilling veranschlagt wurden und im Rechnungsabschluss für 1927 dafür 15.200 Schilling ausgewiesen sind. Zum Schlusse gibt Vizebürgermeister Hoss seiner Zufriedenheit über die Führung der Verwaltungsgeschäfte durch den amtsführenden Stadtrat Kokrda Ausdruck und wünscht, dass dieser erspriessliche Kurs in der Geschäftsführung auch beibehalten werden möge. (Beifall).

Die Verhandlung wird nun abgebrochen. Die Spezialdebatte wird morgen anschliessend an die Landtagsitzung fortgesetzt.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

.....